Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 4200. Durch die Post in Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 4200 mit Postbestellgebühr.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Stellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 225.-ℳ außerhalb desselben 250.-ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 100 Mk. Reklame-Zeile 600 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 129. | Neuenbürg, Mittwoch, den 6. Juni 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Saarbrücken, 5. Juni. Am Sonntag fand hier unter Teilnahme von 60 bis 70 000 Personen aus allen Gegenden des Saargebiets und der angrenzenden Gebiete der erste saarländische Katholikentag statt. Die Kundgebung kann als ein gewaltiger Beweis der deutschen Gesinnung der saarländischen Katholiken angesehen werden, die u. a. durch die Feier bekunden wollen, daß sie in alter Treue beim Bistum Trier zu bleiben und nicht dem Bistum Metz angeschlossen zu sein wünschen.

Köln, 5. Juni. Die drei verhafteten Kruppdirektoren wurden in das Gefängnis von Zweibrücken überführt. — Die Rheinlandkommission hat bisher im besetzten Gebiet über 600 Zeitungen verboten.

Berlin, 5. Juni. Der Bildungsausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung des Reichsschulgesetzes bei den Bekenntnisschulen fort. Nach längerer Aussprache wurde folgende Fassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen: „Die Bekenntnisschulen sind entweder evangelische, katholische oder jüdische Volksschulen und als solche zu bezeichnen. Volksschulen anderer Bekenntnisse sind zulässig, wenn zur gemeinschaftlichen Pflege des Bekenntnisses eine Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht oder errichtet wird." Hierauf setzte erneut eine Aussprache über das Wesen des Unterrichts im Geiste der betreffenden Bekenntnisse ein. Sie wurde jedoch bald auf Mittwoch vertagt.

Die Sommertagung der Deutschen Demokratischen Partei.

Reutlingen, 4. Juni. Unter zahlreicher Beteiligung, besonders auch von Stuttgart, hielt die D. Demokr. Partei Württembergs gestern hier ihre Sommertagung. Vormittags trat der Landesausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der nach Begrüßungsworten des Abg. Scheef, Finanzminister Dr. Schall über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses in Berlin, denen er als Vertreter der Wirtt. Regierung beiwohnte, berichtete und außerdem unsere außenpolitische Lage behandelte. Ihm schloß sich Abg. Scheef mit interessanten Ausführungen über die gerade gegenwärtig aktuelle politische Lage in Württemberg an, behandelte die Regierungskrise, die Wucherbekämpfung, Steuer- und Wirtschaftsfragen usw. Ergänzt wurden seine Ausführungen durch Staatspräsident Dr. v. Hieber. Eine lebhafte Aussprache schloß sich an die Referate an.

Nachmittags fand auf dem städt. Festplatz, dem Markwasen, mit seinem herrlichen Eichenbestand, eine große öffentliche Versammlung statt, die einen starken Besuch aufzuweisen hatte. Erster Redner war der 1. Vorsitzende der Partei, Geh. Hofrat Dr. Bruckmann. Er forderte die Versammlung auf, gerade in den Tagen schwerster Not erst recht einzustehen für die Heimat, ganz aufzugehen in der Liebe für das Vaterland. Die Gedanken gehörten heute vor allem der Brüder am Rhein und Ruhr, die Partei erhebe lauten Protest gegen die Schandtaten der Franzosen. Wir könnten nur durch die schwere Zeit hindurchkommen, wenn das deutsche Volk sein höchstes Gut, die Einheit, bewahre. Dafür trete auch die Demokratie mit allen ihren Kräften ein. Solange die auswärtigen Aufgaben nicht gelöst, könne keine andere Regierung dem deutschen Volke etwas besseres bieten. Das Volk mit dem Geist des Staatsgedankens zu erfüllen, sei Aufgabe der Demokratie. Wir hätten heute alle nur eine Aufgabe, das Reich zu stützen mit aller Kraft, einzutreten für ein freies und mit der Zeit auch wieder starkes Deutschland. Wir müßten deutsche Art, deutsches Wollen und deutsches Fühlen in unserem Volke pflegen. Die Versammlung sang dann das Deutschlandlied. — Abg. Emil Roth entbot nun den Versammelten im Namen der Reutlinger Demokraten herzlichen Willkommensgruß. Feste zu feiern, sei erst wieder möglich wenn einmal der letzte Feind deutschen Boden verlassen habe. Die schweren Opfer, die wir heute zu bringen hätten, müßten uns auch wieder die Freiheit bescheren. Die Demokratie sei heute der einzige Rettungsanker für die Freiheit. Mit starkem Beifall begrüßt, trat nunmehr Pfarrer Korell ans Rednerpult. Es tue uns heute dringend not, von großen Dingen zu reden, da wir in Gefahr seien, uns in Kleinigkeiten zu verlieren. Was wir Deutsche erst wieder zu lernen hätten, sei, daß es keine Weltgeschichte ohne Gott gebe. Ohne sein Eingreifen werde kein heller Tag mehr für uns kommen. Zu diesem Glauben müßten wir uns bekennen. Es gebe keinem Volke wohl, das sich von seinem Vaterlande trenne. Die Heimat bedeute für das deutsche Volk die Freiheit, die das Salz der Nation sei. Volksnot ist erst, wenn man sich nicht mehr zu seinem Deutschtum bekennen kann. In Ehrfurcht müßten wir der Männer wie Krupp u. a. gedenken. Die Welt werde eines Tages feststellen, das Deutschland Versäumnisse, Frankreich aber Verbrechen begangen habe. Ein Volk könne nur wahrhaft glücklich sein, wenn es in Freiheit lebe.

Nach den eindrucksvollen Worten des Redners nahm Staatspräsident Dr. v. Hieber das Wort. Kein Fest gelte es zu feiern, sondern ernst und gefaßt die Gedanken für unser Volk und Vaterland zu sammeln. Kein materielles Opfer sollte uns zu groß sein, um wieder zu Freiheit und Wohlstand zu kommen. Das sollte für alle Parteien gelten. Der Staatspräsident streifte dann kurz die württ. Regierungskrise. Der Wechsel im Kabinett habe zu einer Krise geführt, in der man jetzt mitten drinnen stehe. Solche Fälle kämen nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern vor. An dieser Entwicklung sei aber nicht der Parlamentarismus schuld. Man solle den Führern das Vertrauen schenken, das sie verdienten. Das Wort vom Kampf um die Futterkrippe sei ein recht bitteres, das man besser lassen sollte. Was vielen beneidenswert erscheinen möge, sei oft auch mit schweren Sorgen belastet. Das und daß man mit politischem, sittlichem Ernst und Verantwortungsgefühl dort an seine Aufgabe herangeht, sollte auch auf der Gegenseite anerkannt werden. Wenn man dort mehr moralisches Verständnis aufbringen würde, wäre man schon weiter. Der nationale Gedanke sei heute mit dem Demokratischen aufs engste verschwistert. Oft seien nur gesellschaftliche Vorurteile die Quelle der Antipathie gegen die Demokratie. Es gebe keinen politischen, tragfähigen Willen ohne staatliche Macht. Auch das größte Ideal müsse an der Machtlosigkeit des Staates zerbrechen. Vor allem stehe als Ziel ein neues Deutschland in einem neuen Europa. Dort werde es den Platz einnehmen, der ihm kraft seiner Leistung und seiner Bedeutung gebühre. Dieses Deutschland werde aufgebaut sein in demokratischem Sinne, zwar nicht in engem parteipolitischem Begriff. Der Weg zu dieser Zukunft werde ein langer sein, voll Entsagung und Kampf, Zoll für Zoll müssen erst neu aufgebaut werden. Aber man gebe die Hoffnung nicht auf. Das Zusammensein in Reutlingen solle in der Hoffnung bestärken, daß Deutschland einst wieder frei und stolz sein werde. Dafür arbeite und darauf hoffe man. Dann werde man auch wieder einig sein. In dieser Hoffnung grüßen wir alle unser ganzes deutsches Vaterland. — Mit einem Hoch auf Deutschland schloß die Tagung.

Die Presse zum Wechsel im Staatsministerium.

Das Stuttgarter Neue Tagblatt schreibt u. a.: Nicht weil die Koalitionsparteien sich geweigert hätten der Sozialdemokratie den gebührenden Einfluß auf die Regierung zu geben, sondern weil — ganz konkret gesprochen — der Sozialdemokratie nicht das Innenministerium überlassen wurde, ist sie ausgeschieden. Zur Verstärkung des sozialdemokratischen Gewichts in der Regierung auf anderem Wege war sowohl Zentrum als Demokratie bereit. Es finden sich in den Pressebesprechungen mehrfach Hinweise auf einen Ueberanteil der Demokratie an den Regierungssitzen. Es ist durchaus unzutreffend, daß die DDP. ihrer Stimmenzahl nach nicht auf zwei Ministerposten Anspruch machen kann, wenn die Sozialdemokratie nur einen innehat. Aber glaubt jemand, diese wäre damit zufrieden gewesen, wenn die Demokratie sich entschlossen hätte, den Finanzminister Dr. Schall zum zweiten Male zu opfern? Die Sozialdemokratie wollte ja gerade ein politisch bedeutsames Ministerium, was bekanntlich das Finanzministerium keineswegs ist. Oder sollte der demokratische Inhaber des zweiten wichtigen Ministeriums, Kultminister Dr. Hieber, zurücktreten, um einem sozialdemokratischen Nachfolger Platz zu machen? Und welchem etwa? Es ist also nichts anderes als eine Verschleierung, wenn in den sozialdemokratischen und zentrumsparteilichen Pressen Andeutungen darüber gemacht werden, die bösen Demokraten haben auf ihr unverdientes Mehr an Sitzen nicht verzichten wollen. Es macht einen gewissen tragikomischen Eindruck, sehen zu müssen, mit welchen Schwierigkeiten die parlamentarische Regierungsform zu kämpfen hat. Es sind Kinderkrankheiten, was man hier erlebt, entstanden aus dem Mangel an parlamentarischer Tradition und auch aus dem Mangel an entsprechend vorgebildeten Führerpersönlichkeiten. Schwierigkeiten, mit denen heutzutage jede Regierung zu kämpfen hat, wie immer sie zusammengesetzt sein möge. Es wird auch einmal eine Zeit kommen, da die Maschine reibungsloser und geräuschloser läuft. Inzwischen muß man lernen, die Dinge kühl und nüchtern anzusehen und sich immer vor Augen zu halten: eine Regierung ist dazu da, die Geschäfte des Volkes und des Landes zu führen und so zu führen, wie es für die Allgemeinheit am zuträglichsten ist. Vielleicht lernt man dann auch Parteistimmungen und Propagandarücksichten die Einschätzung zuzuerkennen, die ihnen im Verhältnis zu jener Hauptaufgabe gebührt.

Der „Vorwärts" schreibt zum württembergischen Regierungswechsel unter der Ueberschrift: Die Sozialdemokraten in Württemberg aus der Regierung verdrängt: „Der württembergische Staatspräsident und Kultusminister Hieber (Dem.) hat den bisherigen Justizminister Bolz zum Minister des Innern und den Kanzleidirektor Beyerle, den Führer der württembergischen Zentrumspartei, zum Justizminister ernannt. Anläßlich dieses Schrittes, der gegen den Willen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erfolgte, hat unsere Fraktion beschlossen, aus der Regierung auszutreten, da ihr nicht derjenige Einfluß eingeräumt werden sollte, der ihr auf Grund der Fraktionsstärke zukommt. Zwischen den württembergischen Regierungsparteien: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten schwebten seit dem Tod des Innenministers Graf (Ztr.) Besprechungen über die Neubesetzung des verwaisten Ministeriums. Diese Besprechungen führten nicht zu einem Ergebnis, weshalb der Staatspräsident über den Kopf der Sozialdemokratische Partei hinweg den Justizminister Bolz zum Innenminister ernannte. Die Schuld für den ergebnislosen Verlauf der Beratungen trifft ausschließlich die bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Fraktion hat 27 Mitglieder, während das Zentrum nur 23 und die Demokraten nur 15 Abgeordnete haben. Beide bürgerlichen Parteien besitzen trotz ihrer geringeren Abgeordnetenzahl zusammen vier Ministerposten und den des Staatspräsidenten, während die Sozialdemokratie nur das Arbeitsministerium innehatte. In den Verhandlungen haben sowohl das Zentrum wie die Demokraten die Forderung unserer Fraktion als berechtigt anerkannt, sich aber dennoch geweigert, ihr in der Praxis Rechnung zu tragen. Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung ist gleichbedeutend mit der Entziehung der Unterstützung durch die sozialdemokratische Fraktion für das jetzige Kabinett. Auch durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, die nur vier Abgeordnete zählt, ist eine parlamentarische Mehrheit nicht zu erreichen. Wollen Zentrum und Demokraten mit einer parlamentarischen Mehrheit regieren, dann müssen sie sich entweder der Hilfe der Deutschnationalen bedienen, oder aber den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung tragen und ihr, entsprechend ihrer Fraktionsstärke, die berechtigten Zugeständnisse machen.

Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus.

München, 5. Juni. In der weiteren Vernehmung im Hochverratsprozeß gegen Professor Fuchs und Genossen wurden vor allem die Beziehungen beleuchtet, die der Angeklagte zu verschiedenen Persönlichkeiten gehabt hat. Es handelt sich um die Zeugen Major Mayr, Kapitänleutnant Kautter, Friedmann, Regierungsbaumeister Schäfer und um den Mitangeklagten Munk. Fuchs bestritt alle ihn belastenden Zeugenaussagen und erzählte, daß eine schwarze Liste bestände, die 100 Namen enthalten solle. Diese Personen, unter denen sich auch Dr. Heim befinde, sollen von hitlerischer Seite „erledigt" werden. Um alle diese progromartigen Dinge abzuwenden, habe er seine Aktion geplant. Weiter wurden in der Vernehmung die Notverordnung, das Rundtelegramm und der Aufruf besprochen, drei Schriftstücke, die Professor Fuchs für das Gelingen seines Planes ausgearbeitet hatte. Auch hier gab es Widersprüche auf Widersprüche. Als Tatsache der Nachmittagsvernehmung kann man noch festhalten, daß Richert, der französische Agent, im Juli 1922 Professor Fuchs abermals 1 200 000 Mark gegeben hat. Nach dem eigenen Geständnis von Professor Fuchs hat er in zwei Jahren 100 Millionen Mark für seine Aktion erhalten, **davon allein 74 Millionen Mark aus französischen Quellen.**

Die „Fahrkunst" der französischen Eisenbahner

wird beleuchtet durch eine Zusammenstellung der bekannt gewordenen Eisenbahnunfälle. Danach sind im Mai entgleist: 17 Kohlenzüge, 15 Personenzüge, darunter drei Schnellzüge und ein Militärzug, sechs Leerzüge und zwei Lokomotiven; außerdem sind fünf Lokomotiven explodiert. Insgesamt waren im Mai nach den bei den deutschen Stellen vorliegenden Nachrichten wenigstens 62 Unfälle zu verzeichnen.

Eine Satire auf Herrn Tartarin Degoutte.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Rheinische Beobachter folgende köstliche Geschichte: Im besetzten Gebiet wurden von deutscher Seite Bekanntmachungen in deutscher und französischer Sprache neben die Bekanntmachungen der Franzosen geklebt und treu von den französischen Posten bewacht, ohne daß sie den frommen Betrug merkten. Eine derselben lautet: Es ist streng verboten: 1. Deutsche zu beschimpfen, zu schmähen oder zu belästigen. 2. Deutsche zu schlagen, zu treten oder sie mit der Waffe zu bedrohen, denn sie sind wehrlos. 3. Ueber Deutsche Lügen zu verbreiten. 4. Wohnungen, Schulen, Hallen oder sonstige Räume in Anspruch zu nehmen, zu beschmutzen oder zu beschädigen. 5. Eigentum von deutschen Privaten, Gemeinden oder des deutschen Staates, besonders der Post, der Telegraphie, der Telephonie, der Schiffahrt oder der Eisenbahn zu benutzen oder gar zu zerstören. 6. Eßwaren und sonstige Gebrauchsgegenstände zu kaufen, zu requirieren, zu stehlen oder sonstige Erpressungen auszuüben. Zuwiderhandelnde müssen streng bestraft werden, denn sonst wären wir bewaffnete Wegelagerer. Wir Franzosen marschieren an der Spitze aller Kulturen, wir Franzosen wollen keine Brutalitäten, keine Ungerechtigkeit, keine Unmenschlichkeiten, kein Unrecht begehen. Wir Franzosen sind mit den Belgiern zu Unrecht in dieses friedlich arbeitende und unbewaffnete Land eingebrochen und müssen zusehen, daß wir in Ehren wieder herauskommen. Die Deutschen haben einen mehr wie guten Erfüllungswillen gezeigt und bereits über 44 Milliarden Goldmark gezahlt. Degoutte.

Ausland.

Paris, 5. Juni. Bei dem Vertrauensvotum für Poincare haben in der französischen Kammer nur 75 mit Nein gestimmt. 60 blieben unentschieden und 481 haben sich mit seiner Neubpolitik an der Ruhr einverstanden erklärt. Unter den 481 Freunden Poincares befand sich die Mehrheit der Sozialisten, deren Vertreter noch eine knappe Woche vorher in Hamburg auf dem Internationalen Sozialistenkongreß gegen den Imperialismus eine große Verdammungsentschließung mit gebilligt hatten.

Loucheur für Verständigung.

Loucheur hielt in Maubeuge eine Rede, in der er sich mit der Außenpolitik Frankreichs beschäftigte. Er ist davon überzeugt, daß trotz der Sabotageakte der Deutschen Frankreich ehrenvoll aus der Ruhraffäre hervorgehen und Nutzen daraus ziehen werde. Frankreich werde bald das Ruhrgebiet verlassen, da Deutschland durch die Besetzung sehr geschädigt sei. Er werde die Regierung nicht diskreditieren. Was er aber wünsche, sei, daß man sich mit den Alliierten verständige. Die erste Frage, die zu regeln sei, sei die der alliierten Schulden. Was die deutsche Schuld anbetreffe, so könne sie nicht geringer sein als der Betrag, der erforderlich sei, um die ehemaligen Kampfzonen wieder in Stand zu setzen. Loucheur spricht sich dann wiederum für die Schaffung einer „entpreußten" Zone aus, in der die Eisenbahnen unter alliierte Kontrolle gestellt werden sollen.

Ein belgischer Vorschlag zur Regelung seiner Schulden an Amerika.

Wie in New-York verlautet, hat die belgische Regierung der amerikanischen vorgeschlagen, ihre Schulden an Amerika auf der gleichen Grundlage wie die englischen Schulden zu konsolidieren. Belgien wünscht, daß die Rückzahlung der Schulden auf 62 Jahre verteilt wird.

Lord Cecils Garantieplan erneut vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 5. Juni. In der gemischten Abrüstungskommission des Völkerbunds, die gestern ihre Beratungen über den Cecilschen Garantiepakt-Entwurf und einen französischen Gegenvorschlag eröffnete, forderte Lord Robert Cecil Oeffentlichkeit der Debatte. Der Antrag wurde mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Nach einer Pariser Drahtung bestätigt es sich, daß England die Frage der deutschen Abrüstung aufs neue in der Botschafterkonferenz aufgerollt hat. In Pariser politischen Kreisen bringe man dieses Vorgehen mit dem Wunsche Englands, die Sicherheitsfrage mit der Reparationsfrage zu verbinden, in Zusammenhang.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 6. Juni. (Ueberwacht die Heustöcke!) Alljährlich hört man, daß diesem oder jenem Landwirt infolge Selbstentzündung des Heus das Gehöft abgebrannt ist. Es ist erwiesen, daß die Gefahr des Selbstentzündens umso größer ist, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Auch kommt es vor, daß sich der Stock zwar nicht selbst entzündet, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock das Heu gebräunt wird oder verkohlt. Durch zweckmäßige Anlegung des Heustockes, durch Einlagen von Strohbündeln und durch Einstreuen von Viehsalz in stark verregnetes Futter kann die Gefahr bedeutend vermindert werden. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln ist aber der Landwirt nie ganz sicher, ob der Heustock sich nicht zu stark erhitzt. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustockes zu ermitteln und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

Feldrennach, 4. Juni. Am gestrigen Sonntag war das große Sängerfest in Altbengstett bei Calw, das auch von den Fildern und vom Nagold- und Enztal her sehr stark besucht war. Am Gesangswettstreit vormittags nahmen 11 Gauvereine und 26 Gastvereine teil, 21 Vereine im einfachen, 14 im gehobenen Volksgesang und 2 im Kunstgesang. Vom Bezirk Neuenbürg beteiligten sich mit folgendem Ergebnis am einfachen Volksgesang: Eintracht Langenbrand 37 Pkt., 2f.; Germania Schömberg 58 Pkt., 1d.; Eintracht Pfinzweiler 56 Pkt., 1e.; Sängerbund Gräfenhausen 62 Pkt., 1b.; am gehobenen Volksgesang: Ottenhausen, Liederkranz, 52 Pkt., 2a.; Feldrennach, Liederkranz, 61 Pkt., 1a. Die höchste Punktzahl (erreicht im einfachen Volksgesang) 63, und damit einen 1a-Preis mit Fahnenkranz, errang sich der Vereinigte Männerchor Monakam-Unterhausstett, 28 Sänger. Ihm folgten: Sängerbund Gräfenhausen, 55 Sänger, 62 Pkt., Liederkranz Feldrennach, 40 Sänger, 61 Punkte, Liederkranz Döffingen, 32 Sänger, 61 Pkt. usw. 2 Vereine im Kunstgesang konnten je nur 53 Punkte erreichen. Im Festzug waren über 40 Vereine und Fahnen vertreten. Auf dem geräumigen Festplatz kamen nachmittags eine große Reihe Ehrengesänge hübsch zum Vortrag. Der Liederkranz Feldrennach darf den 3. 6. 23 als einen Ehrentag buchen; ist er doch der bedeutendste Marksstein in seiner Geschichte. In jahrzehntelanger Arbeit, unter einer Reihe von Vorständen und Dirigenten, hat der Verein nach Ueberwindung von allerlei Schwierigkeiten, insbesondere technischer und finanzieller Natur, sich in den letzten Jahren fest und sicher emporgeschwungen und erreicht: Den 1a-Preis im einfachen Volksgesang in Schömberg im Sommer 22 und nun den 1a-Preis gestern im gehobenen Volksgesang in Altbengstett mit Brüggemanns Heimatfrühling. Von 64 erreichbaren Punkten wurden dem Liederkranz Feldrennach 61 Punkte gewertet, die Schwierigkeit des Preisliedes mit 8. Eine leichte Schüchternheit im 1. Vers hat ihm wohl das heiß ersehnte Kränzchen entgehen lassen. — An dem reichen und ehrenvollen Erfolg hat neben der wackeren Sängerschar (u. a. Cramer, Büchert, Mitschele etc.) besonderen Anteil der gewandte Vorstand Hermann Großmann und vor allem der unermüdliche, tatkräftige und zielbewußte Dirigent, unser allverehrter Hauptlehrer Bosch. — Und nun steht unser Liederkranz an den Stufen des Kunstgesanges. Will auch in diesem der viel erprobte Verein gut bestehen, so muß die ganze sangeskundige Mannschaft sich fest um die preisgekrönte Fahne scharen. Einigkeit macht stark! Zu weiteren Erfolgen ein herzliches: Glückauf.

Schömberg, 5. Juni. Der Gesangverein Germania-Schömberg hat am Sonntag, den 3. Juni, beim Sängerfest (Westgau-Sängerbund) Altbengstett OA. Calw im Außen-Gau-Singen einen 1 b-Preis mit 58 Punkten unter sehr starker Konkurrenz errungen; als Ehrengabe einen schönen Pokal.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Juni. (Verbrecherjagd.) Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich in den gestrigen Morgenstunden auf dem Dache eines Hauses der Metzstraße ab. Die Kriminalpolizei hatte besondere Gründe zu einem unvermuteten Frühbesuch, in dem der Polizei wohlbekannten Hause. Der kontrollierende Beamte hatte, Zwischenfälle voraussehend, zu seiner Unterstützung drei Polizeiwachtmeister zugezogen. Das Resultat der Kontrolle war überraschend. In einer Dachkammer hielten sich der seit 11. Mai aus der Strafanstalt Hohenasperg entwichene Zuchthausgefangene Karl Würtele aus Wangen und der mit Stadtverbot belegte Taglöhner Heinrich Seemann von Stuttgart auf, die beide, nachdem die Türe gewaltsam aufgesprengt worden war, nur mit Hemd und Hose bekleidet, durch eine Dachlucke auf das steil abfallende Dach flüchteten und sich dort hinter einem Schornstein verbargen. Während Seemann noch auf dem Dache ergriffen werden konnte, sprang Würtele vom Dache in ein offenstehendes Treppenfenster des etwa 3 Mtr. entfernt liegenden Nebenhauses ab, wurde aber von den Beamten auf der Straße festgenommen. Der Vorfall hatte einen größeren Personenauflauf zur Folge. Die zwei Ausbrecher und mehrere andere gleichzeitig festgenommenen Personen mußten mit einem Gefangenenwagen abtransportiert werden. Den Genannten ist bis jetzt ein Einbruch in einem Uhrenladen in Heidenheim nachgewiesen. Teile der erbeuteten Sachen sind wieder beigebracht.

Stuttgart, 5. Juni. (Die wöchentliche Fleischpreiserhöhung.) Die Metzger-Innung hat die Fleischpreise vom Freitag an wiederum erhöht. Es kostet: Ochsen- und Rindfleisch 1. 8800 (bisher 8000), Rindfleisch 2. 7900—8100 (7000—7200), Kuhfleisch 1. 6600—6800 (5400—5600), 2. 4600—4800 (5400—5600), Kalbfleisch 8200 (7600), Schweinefleisch 8600 (8000), Hammelfleisch 7400—7500 (7000—7100), Schaffleisch 5500—5700 (5300—5500) Mark.

Neckarwestheim O/A. Besigheim, 5. Juni. (Todesopfer durch künstliche Düngemittel.) In ganz kurzer Zeit mußten zwei hiesige Einwohner durch Unvorsichtigkeit beim Ausstreuen künstlichen Düngers ihr Leben lassen. Die Ehefrau des Landwirts Zierle hatte beim Felgen eine kleine Verletzung im Gesicht außer Acht gelassen. Sie kam den Pflanzen zu nahe und obgleich ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, mußte die junge Frau ihr Leben lassen. Der andere Fall betrifft den Landwirt G. Zierle. Er hatte eine ganz kleine Verletzung am Finger, streute Kunstdünger aus und in ganz kurzer Zeit entzündete sich der Finger. Es trat Fieber ein und der Kranke mußte ins Heilbronner Krankenhaus übergeführt werden. Trotz aller angewandten Mittel konnte auch er nicht am Leben erhalten werden.

Reutlingen, 5. Juni. (Untreue.) Der Reisevertreter einer hiesigen Firma setzte für sich Schreib- und Druckpapiere, Kartons, Briefhüllen u. dergl. ab und schädigte dadurch die Firma um namhafte Beträge. Er wurde verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Ravensburg, 5. Juni. (Vaterlandsverräter.) Vor einigen Tagen wurde der von den Revolutionszeiten her bekannte Kommunist, Kaufmann Metzger, früher als Buchhalter bei einer hiesigen Firma angestellt, verhaftet. Wie die „Oberschwäb. Volksztg." hört, soll Metzger mit den Franzosen in schriftlichem Verkehr gestanden und sich zur Arbeitsleistung bei ihnen angeboten haben.

Wurzach, 5. Juni. (Diebstahl.) Ein 16 Jahre alter Dienstbube bei einem Oekonomen in Alberts stahl, während die Hausbewohner in der Kirche waren etwa 800 000 Mark und ging flüchtig, wurde aber festgenommen, nachdem er sich durch größere Ausgaben für Näschereien verdächtig gemacht hatte.

Crailsheim, 5. Juni. (Futterpreise.) Bei den bisherigen Heu- und Oehmdgrasverkäufen wurden Preise von 2000 bis 9000 Mark pro Ar erlöst, je nach Lage und Bonität der Wiesen.

Baden.

Pforzheim, 5. Juni. In der gestrigen Beratung der Vertrauensleute der Arbeitnehmer-Organisationen im Schmuckgewerbe wurde das über die Lohnerhöhung am Freitag geschlossene Uebereinkommen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen genehmigt.

Triberg, 5. Juni. Ein Goldfund wurde im Wässerlewald gemacht. Kinder, die Holz sammelten, sollen das kostbare Edelmetall entdeckt haben und nachher sind noch mehr Leute auf die Suche gegangen. Es sollen eine größere Anzahl Goldmünzen in deutscher, französischer und italienischer Währung, zum Teil schon älteren Datums, gefunden worden sein. Das Geld wurde wahrscheinlich einmal von jemand dort vergraben und konnte von dieser Person nicht mehr geholt werden. Nun scheint beim Stocken der Sache, der sich nach dem heutigen Geldwert auf viele Millionen beläuft, an die Oeffentlichkeit befördert worden sein.

Ueberlingen, 5. Juni. Am Donnerstag abend erklomm die 16jährige Tochter des in Goldbach wohnenden Universitätsprofessors Eisenkel den unterhalb der Heidenhöhlen emporragenden Felsen, um dort besonders schön blühende Nelken zu pflücken, bekam aber dabei das Uebergewicht und stürzte aus einer Höhe von ungefähr 40 Metern auf die unten vorbeiführende Landstraße. Der Sturz wurde zwar dadurch etwas gemildert, daß das Mädchen zuerst auf die Telegraphendrähte aufschlug und dann erst zur Erde fiel; die Verletzung des Rückenmarks ist aber so schwer, daß am Aufkommen der Verunglückten gezweifelt wird.

Waldshut, 5. Juni. Heute früh 5 Uhr überfuhr in Kleinlaufenburg ein Güterzug das Haltesignal und stieß auf einen im Bahnhof stehenden Güterzug auf. Etwa 10 Wagen entgleisten und wurden zum Teil zertrümmert. Die beiden schweren Maschinen sind vollständig ineinander gefahren, aber nicht umgestürzt. Ein Zugführer erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Materialschaden ist bedeutend. Da die Aufräumungsarbeiten längere Zeit in Anspruch nehmen werden, wird der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Vermischtes.

Ein Riesenbau. Die Firma Ködel und Böhm in Chemnitz plant die Erstellung mehrerer riesiger Werkhallen, für deren Bau mehrere Jahre beansprucht werden u. deren Erstellung die gewaltige Summe von 1 Milliarde Mark erfordern wird.

Die Sprache wiedergewonnen. In Hettstedt gewann der Buchbinder Paul Kurze, der vor 17 Jahren infolge einer Lähmung stumm wurde, auf wunderbare Weise die Sprache wieder. Er schluckte beim Prüfen von Münzen Säurekäse, bekam einen schweren Hustenanfall und unmittelbar darauf stellte sich das Sprachvermögen wieder ein.

Großschwindel in Strumpfwaren betreibt seit Monaten ein angeblicher Kaufmann Otto Guttmann, der von mehreren Strafbehörden gesucht wird. Zuletzt spielte er den Chef in Hamburger Niederlassung einer bekannten Newyorker Firma. Sein letztes Geschäft in Berlin kostete einem Haus, von dem er kunstseidene Damenstrümpfe kaufte, 7 350 000 Mark. Als ihm hier der Boden zu heiß wurde, verlegte er seine Tätigkeit nach Chemnitz. Auch von dort ist er jetzt, nachdem er wieder Millionen erbeutet hat, verschwunden. Man vermutet, daß er nach Berlin zurückgekehrt ist. Er zahlt stets mit Schecks auf eine National City Bank in Newyork, die es gar nicht gibt. Die Schecks stammen von der großen ungarischen Fälschung, über deren Treiben und Festnahme wir seinerzeit berichteten.

Die Verbrechen des „Beurlaubten". Aus dem Gothaer Gefängnis ist ein 37jähriger Schwerverbrecher, der Arbeiter Härmstädt, ausgebrochen und entkommen. Er hatte eine Reihe von Verbrechen auf dem Gewissen und u. a. bei seiner Festnahme in München einen Polizeibeamten durch Schüsse schwer verletzt. Wegen anderer Verbrechen war er zusammen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, aber durch Verfügung des thüringischen Justizministeriums auf fünf Jahre aus dem Zuchthaus beurlaubt worden. In der Zeit seiner Beurlaubung hat Härmstädt nun eine Reihe anderer Einbrüche in Gotha, Dresden, Zittau, Chemnitz, Leipzig, Halle und anderen thüringischen Städten verübt, so daß er wieder in Untersuchungshaft genommen werden mußte. Nunmehr ist er aus dem Gothaer Untersuchungsgefängnis ausgebrochen. Es besteht der dringende Verdacht, daß er in Leipzig oder einer anderen sächsischen Großstadt Unterschlupf gefunden hat.

Selbstmord auf dem Scheiterhaufen. Der Salzarbeiter Ferdinand Hladky aus Poprad in der Slowakei beschloß wegen unheilbarer Krankheit seinem Leben ein Ende zu machen. Er ging tief in den Wald hinein, schichtete Holzscheite bis zur Höhe von zwei Meter auf und bedeckte sie mit Reisig. Sodann gießt er den Scheiterhaufen an, setzte sich mitten darauf und schoß sich mit einem Revolver in den Kopf. Er hoffte, daß seine Leiche verbrennen und so jede Spur seines Selbstmords verwischt würde. Da das Feuer bald erlosch, verkohlten nur seine Füße, so daß seine Identität festgestellt werden konnte. Hladky hinterläßt Frau und Kinder.

Die Simplonlinie durch Bergsturz unterbrochen. Aus Mailand wird gemeldet: Infolge Unwetters ist durch einen Bergrutsch die Simplonlinie unterbrochen worden. Der internationale Zugverkehr ist eingestellt worden. Die im Tunnel

---

Nach Waterloo

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus

von Fritz Ritzel. [26

Und er war nach Portsmouth in das Hospital gekommen. Auch erholte er sich wieder, jedoch unendlich langsam, so daß fast drei Monate vergingen, ehe er das Bett verlassen durfte. Ein Schatten seines früheren Selbst schlich er durch die weiten Säle, durch den sich schon herbstlich färbenden Garten des Krankenhauses und er erharrte mit fieberhafter Sehnsucht die Stunde, in welcher er wieder mit einem Schiff nach Deutschland befördert würde. Infolge seiner Verwundung an der rechten Schulter vermochte er nicht zu schreiben und den Seinen Nachricht zu geben, daß er noch lebe, und durch einen anderen den Brief schreiben zu lassen, ging aus dem Grunde nicht an, als er kein Wort von der fremden Sprache verstand und sein Gönner, der Sachse, auf dem Hospitalschiff verblieben war. Als er endlich vollständig genesen war, verhinderten schwere Herbststürme das Auslaufen der Schiffe, so daß wieder fast zwei Monate vergingen, ohne daß seine brennende Sehnsucht nach der Heimat, nach Weib und Kind befriedigt wurde. Endlich sollte die Stunde der Erlösung für ihn schlagen. An einem der nächsten Tage stach die britische Korvette „Thetis" in See zur Fahrt nach dem Kontinent, und sollte mit dieser Gelegenheit Heinrich nach Deutschland zurückbefördert werden.

Der Arme hoffte und freute sich vergebens. Einige Tage vor der Abreise, als Heinrich im Fieber der Erwartung nach dem Hafen gegangen war, um das stattliche Kriegsschiff zu bewundern, welches ihn nach seiner geliebten Heimat bringen sollte, wurde er bei der Rückkehr von Werbern gewaltsam zum Seedienst gepreßt und trotz seiner verzweifelten Gegenwehr auf eine noch an demselben Abend nach Ostindien auslaufende Fregatte gebracht. Bei dem großen Mangel an Matrosen machten die Kapitäne der damaligen Zeit bei der Heuerung ihrer Mannschaften nicht viel Federlesens; jedem kräftigen jungen Mann in den Hafenstädten drohte die Gefahr, mit Gewalt auf ein Schiff gebracht zu werden, wo man es meisterhaft verstand, durch Hunger und Prügel mit der neunschwänzigen Katze etwaige Widerstandsgelüste zu brechen. Auch Heinrich tobte und raste wie ein Wahnsinniger, ehe er sich in sein Schicksal ergab; mit zusammengebissenen Zähnen erduldete er die rohesten Mißhandlungen, ohne sich zu den ihm aufgetragenen Arbeiten zu bequemen, so daß man ihn in Ketten legte und mit Aufhängen an der Raa bedrohte, falls er seinen Widerstand nicht aufgäbe. Schließlich fügte er sich in das Unabänderliche und hegte nur die brennende Begierde, bei irgendeiner sich bietenden Gelegenheit dieser Sklaverei zu entrinnen. Eitles Hoffen! Der Kapitän kannte seine Leute und vereitelte jeden Versuch der gepreßten Matrosen, an einem der angelaufenen Häfen zu entweichen, einfach dadurch, daß er die Armen während der Dauer des Aufenthaltes in Ketten legen und in den untersten Schiffsraum werfen ließ, wo an ein Entkommen nicht zu denken war.

Jahrelang kreuzte die Fregatte in allen Meeren der Welt. Heinrich hatte sich im Laufe der Zeit zu einem vollendeten Seemann herangebildet, dessen eifrigstes Bestreben es war, durch Tüchtigkeit und Diensteifer den Argwohn seiner Vorgesetzten einzuschläfern, denn nur so — erwog er — wurde ihm mit der Zeit größere Freiheit gelassen und Gelegenheit gegeben, zu entfliehen. Aber noch lange sollte seine Geduld auf die Probe gestellt werden. Erst vier Jahre nach seiner Anwerbung, als die Fregatte notwendiger Reparaturen halber an der Ostküste Amerikas, im Hafen von Philadephia, ankern mußte, war das Glück seinen Plänen hold.

Der Kapitän war mit dem ersten Offizier an das Land gegangen. Der zweite Offizier, der es mit der Bewachung der Mannschaften nicht so genau nahm, saß in seiner Kajüte, wo er seinen Aerger über sein erzwungenes Dableiben in Brandy ertränkte — die Nacht war rabenschwarz — am Hinterteil des Schiffes lag die kleine Jolle — günstiger konnte die Gelegenheit zum Entrinnen für Heinrich nie mehr sein. Gewandt wie eine Katze schlich er sich an einem Tau in die Jolle niedergleiten, ergriff die Ruder und trieb das kleine Fahrzeug geräuschlos vom Schiffe ab. Alles gelang nach Wunsch. Um eine recht weite Strecke von der Fregatte entfernt zu sein, wenn man seine Flucht entdecke und den nachfolgenden Häschern nicht in die Hände zu fallen, ruderte der Flüchtling eine große Strecke den Delawarefluß aufwärts und betrat erst nach einigen Stunden das Land.

Es war zum erstenmal seit vier Jahren, daß er wieder festen Boden unter den Füßen fühlte. Aber was nun beginnen? Ohne alle Mittel stand er in wildfremdem Land, durch den Ozean von der Heimat getrennt. Zunächst richtete er seine Schritte flußaufwärts und erreichte nach sieben Stunden anhaltenden Marschierens Philadelphia, damals noch eine unbedeutende Stadt, wo er sich vorläufig vor Verfolgung sicher wähnte. Auch war ihm das Glück insofern hold, daß er schon am ersten Tage Stellung als Knecht bei einem Farmer fand. Sein Fleiß und seine Nüchternheit erwarben ihm die volle Zufriedenheit seines Brotherrn, eines Deutschamerikaners, so daß sich ein recht herzliches Verhältnis zwischen Herrn und Knecht entwickelte. Es konnte nicht fehlen, daß Heinrich infolgedessen eines Abends seinem Dienstherrn seine bisherigen Schicksale anvertraute und dabei auch den nach Neu-Dresden im Staate Ohio ausgewanderten Christian Euler Erwähnung tat. Bei Nennung dieses Namens fuhr der Farmer auf und meinte, ob da nicht vielleicht ein Irrtum oder eine Verwechslung bezüglich des Wohnortes des Gesuchten vorliege. Er kenne nämlich einen Farmer namens Christian Euler, einen schon alten Mann, der aber in dem Städtchen Neu-Leipzig hier im Staate Pennsylvanien, nicht weit von Philadephia wohne. Er habe schon Geschäfte mit jenem alten Euler gemacht und glaube, daß derselbe im Rassenhaß gebürtig sei. Jedenfalls empfehle er Heinrich, einmal nach Neu-Leipzig zu reiten und den Mann aufzusuchen.

Heinrich folgte dem Rate und fand wirklich den welchen er suchte. Christian Euler, ein Mann schon hoch in den siebziger Jahren, empfing den Sohn seines Jugendfreundes, der dessen verjüngtes Ebenbild war, mit offenen Armen und hörte teilnahmsvoll die Erzählung von dessen Schicksal an.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

begriffene Eisenbahnlinie zwischen Val Dorsala und Locarno ernstlich beschädigt. Eine Brücke ist eingestürzt. — Der Bergrutsch entstand, wie weiter gemeldet wird, durch einen Wirbelsturm im Val Dorsala, der die Brücken und Straßen zerstörte. Vier Personen sind bei dem Elementarereignis ertrunken. Da außerdem noch zahlreiche Lawinen niedergegangen sind, sind noch weitere Opfer an Menschenleben zu beachten.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Juni. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 23 Ochsen, 14 Bullen, 80 Jungbullen, 62 Jungrinder, 108 Kühe, 390 Kälber, 111 Schweine, 88 Schafe, 1 Ziege. Verkauft wurde alles. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 5000 bis 5300 (letzter Markt: 4800—5000), 2. 3900—4700 (3600 bis 4400), Bullen 1. 4400—4700 (4000—4300), 2. 3600 4200 (3400—3800), Jungrinder 1. 5100—5400 (4900 bis 5100), 2. 4600—4900 (4300—4700), 3. 3700—4300 (3600 bis 4000), Kühe 1. 4200—4500 (3600—4000), 2. 3100 bis 3800 (2500—3200), 3. 2200—2800 (1800—2200), Kälber 1. 5400—5600 (5000—5300), 2. 5000—5200 (4600 bis 4900), 3. 4700—4900 (4000—4400), Schweine 1. 6400 bis 6500 (6000—6100), 2. 6000—6200 (5600—5900), 1. 5400—5800 (5000—5400) Mark. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Reutlingen, 5. Juni. Die Schranne notierte folgende Getreidepreise: Weizen (Zufuhr 70,94 Ztr.) 70 000—140 000 Mark, Gerste (57,05) 80 000—100 000 Mk., Haser (250,70) 58 000—78 500 Mk., Unterländer Dinkel (7,88) 90,000 bis 95 000 Mk., Alber Dinkel (48,56) 60 000—88 000 Mark, Roggen (8,16) 85 000—95 000 Mark.

Schweinemärkte. In Giengen a. Br. waren zugeführt 100 Stück, verkauft 100 Stück. Ein Paar Saugschweine kosten 450 000—650 000, 1 Paar Läufer 800 000 bis 1 000 000 Mark. In Vaihingen a. E. betrug die Zufuhr 175 Milch- und 1 Läuferschwein. Preis für 1 Paar Milchschweine 700 000—800 000 Mk., 1 Läufer 1 Million Mark.

Pforzheim, 5. Juni. Auf dem gestrigen Viehmarkt wurden 3 Stück Großvieh zugetrieben. Es wurde bezahlt für eine Kuh der Preis von 4 400 000 Mark. Auf den gestrigen Pferdemarkt wurden 25 Pferde zugetrieben, darunter 8 Fohlen. Es wurden folgende Preise bezahlt: 2 000 000 bis 4 000 000 Mk. für leichte Pferde, mittlere 6 000 000—9 000 000 Mark. Der Handel war mäßig.

Mehlpreis. Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 470 000 Mk. pro Doppelzentner erhöht.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 5. Juni. Justizminister Beyerle hat die Geschäfte des Justizministeriums am 4. Juni übernommen.

Karlsruhe, 5. Juni. Die Franzosen haben offenbar als Repressalie gegen angebliche Eisenbahnsabotageakte im besetzten Gebiet den Behörden verboten, von heute abend an mit den Behörden im unbesetzten Gebiet in Verbindung zu treten.

Offenburg, 5. Juni. Die französischen Besatzungsbehörden geben bekannt, daß der Erlaß betreffend den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet (Abstempelung der Pässe bezw. Einreiseerlaubnis) am Donnerstag, den 7. Juni, um Mitternacht für den Bereich des Brückenkopfs Kehl und des Abschnitts Offenburg in Kraft tritt. Das Kommando für den Abschnitt Offenburg hat Oberstleutnant Rocier übernommen.

Ueberlingen, 5 Juni. Wie berichtet, war die Tochter des Professors Einenkel beim Blumensuchen bei den Heidenköpfen im felsigen Gelände abgestürzt. Das Mädchen ist mit seinen schweren Verletzungen im hiesigen Krankenhaus gelegen.

München, 6. Juni. Der bayerische Landtag stimmte mit den bürgerlichen Stimmen dem Ausschußbeschluß zu, wonach der kommunistische Abgeordnete Eisenberger, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, verhaftet werden soll. Eisenberger hat sich seiner Verhaftung bekanntlich durch die Flucht entzogen.

München, 6. Juni. Laut Verfügung der Polizeidirektion München ist das Erscheinen der sozialdemokratischen „Münchener Post" vom 6. bis einschließlich 10. Juni wegen eines Artikels „Aus dem Sumpf der Nationalaktion" verboten worden.

Ludwigshafen, 5. Juni. Der Streik in den Zeitungsdruckereien ist beigelegt; die Tageszeitungen erscheinen wieder.

Koblenz, 6. Juni. Die Rheinlandkommission hat neuerdings 676 Deutsche, in der Mehrzahl Zoll- und Eisenbahnbeamte, ausgewiesen.

Köln, 5. Juni. Hier sind wiederum drei Transporte mit Ausgewiesenen eingetroffen, die insgesamt 170 Personen umfassen. Die Flüchtlinge stammen teils aus der Eifel, teils aus der Trierer Gegend. Sie wurden in Köln verpflegt und dann weiter befördert. Unter den Ausgewiesenen erregte besonders ein 80jähriges Mütterchen, das getragen werden mußte, größtes Mitleid.

Köln, 6. Juni. In Düsseldorf ist der Direktor des Pariser „Journal Officiel" namens Brunaud, der die Leitung der von den Franzosen in den nächsten Tagen zum ersten Mal herausgegebenen neuen Propagandazeitung übernehmen soll, eingetroffen.

Essen, 5. Juni. Der Bahnhof Altenessen ist heute früh von den Franzosen unter Aufgebot einer großen Anzahl von Tanks besetzt worden. Dadurch ist der Verkehr von Altenessen nach Bottrop-Nord und Dortmund unterbunden. Wie verlautet, sollen noch mehrere auf der Bahnstrecke Altenessen—Dortmund liegende Bahnhöfe besetzt worden sein. Weiter besetzten die Franzosen heute die Bahnhöfe Gelsenkirchen, Wanne, Herne und Berge-Borbeck. — Nunmehr haben auch im hiesigen Bezirk die Ausweisungen pflichttreuer Eisenbahnbeamten begonnen. Am Samstag wurde 10, am Montag 9 und heute 7 Eisenbahnbeamten der Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Beamten werden im Kohlensyndikat gesammelt, von dort mittels Lastkraftwagens nach Neuiges an der Grenze des besetzten Gebietes transportiert und dann ausgesetzt.

Essen, 6. Juni. Bei der Ergreifung Schlageters durch die Franzosen scheint in unbewußter tragischer Mitwirkung ein Steckbrief eine Rolle gespielt zu haben, den die Polizeiverwaltung von Kaiserswörth am 5. April wegen militärischer Bandenbildung und Geiselgefährdung gegen ihn erlassen hatte. Ferner haben, wie die „Zeit" schreibt, zwei Kommunisten, die sich in Schlageters Kreise eingeschlichen hatten, die Verräter gespielt. Als er im Düsseldorfer Hauptbahnhof ausstieg, wurde er auf Grund der Steckbrief-Photographie erkannt und verhaftet.

Elberfeld, 6. Juni. In einer Seitenstraße im Düsseldorfer Hafenviertel wurde ein 7jähriger Knabe von einem französischen Soldaten erschossen, der bei seiner Verhaftung angab, von dem Kinde beleidigt (!) worden zu sein.

Leipzig, 6. Juni. Gestern fanden wieder Demonstrationen statt, an denen sich zum größten Teil halbwüchsige Burschen beteiligten. Wiederholt mußte die Polizei gegen die Demonstranten einschreiten. Eine Menschenmenge, die aus dem Volkshaus einen Gewerkschaftssekretär herausholen wollte, der den Erwerbslosen nicht den Saal des Volkshauses zur Verfügung gestellt hatte, wurde von der Polizei, die in breiter Front vorging, auseinandergetrieben. Wiederholt wurden Automobile in den Straßen angehalten und die Insassen verprügelt.

Magdeburg, 5. Juni. In einem Teil des Kreises Neuhaldensleben ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Notarbeiten werden zur Zeit noch besorgt; jedoch werden die Hauptarbeiten bei den Zuckerrüben verweigert. Die technische Nothilfe ist bereitgestellt.

Berlin, 5. Juni. Die „B. Z." meldet: Im Oranienburger Forst wurde vor einigen Tagen ein Mann ohne Ausweispapiere erschossen aufgefunden. Wie Kriminalbeamte feststellten, handelt es sich um einen Eisenbahner, der zusammen mit einem Schlosser wilderte und bei dieser Gelegenheit von dem Förster angeschossen wurde. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Schlosser seinen Jagdgenossen ein Stück fortgeschleppt, durch Nachschuß getötet, seine Papiere, sein Gewehr und seine Wertsachen weggenommen und sich nicht weiter um ihn gekümmert hat. Der Schlosser wurde ebenso wie die Frau des Eisenbahnarbeiters, welche der Begünstigung der Tat verdächtig ist, verhaftet.

Berlin, 6. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers" aus Essen wurde bei Lintorf ein Eisenbahndamm gesprengt. Dabei sollen 60 Güterwagen und eine Lokomotive zertrümmert worden sein. Nach einer weiteren Meldung des Blattes aus Buer beschlagnahmten die Besatzungsbehörden den gesamten Kassenbestand der Stadtkasse in Höhe von über 44 Millionen Mark, der zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmt war.

Berlin, 6. Juni. Wie die Blätter erfahren, steht es nun endgültig fest, daß die neue deutsche Note am Donnerstag nachmittag übergeben und am Freitag früh veröffentlicht werden wird. — Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Vollversammlung den Gesetzentwurf an über ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-schweizerischen Abkommen vom 6. März 1920 betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland. — Die Belegschaften der Werkstätten und des Kraftverkehrs der Berliner Hoch- und Untergrundbahn haben heute mittag die Arbeit niedergelegt und damit den gesamten Verkehr der Bahn stillgelegt. Es schweben zur Zeit Verhandlungen über die Lohnregelung und die Beilegung des Streiks. — Die Kredit- und Kommissionsbank in Haag, A.-G. hat die Mehrheit der Aktien der Helena Glück-Erdölwerke A.-G. in Berlin erworben. Das Gebiet dieser Gesellschaft liegt nördlich von Hannover und umfaßt eine Oberfläche von 4600 Morgen. — Der Dollarkurs betrug am Dienstag 64 937.25 Mark.

Beuthen, 6. Juni. Im oberschlesischen Industriegebiet kam es anläßlich der neuen Teuerungswelle zu Streiks unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Die Streikenden veranstalteten in Beuthen eine Demonstration und verlangten vom Oberbürgermeister die Auszahlung der Löhne unter Zugrundelegung der Goldwährung, sowie eine einmalige Ausgleichszahlung. Von den Gewerkschaften wird der Ausbruch des Streiks nicht gebilligt. Sie ersuchen die Arbeiterschaft, sich wilden Streiks zu widersetzen.

London, 5. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die Meldung sei vollkommen unbegründet, daß die britische Regierung bereit sei, ihren Vorschlag an den Völkerbund über die Untersuchung der Saarverwaltung zurückzuziehen, weil die Verfügung, die gewisse Freiheiten der Rede und der Presse beschränke, aufgehoben oder vielleicht abgeändert werden würde. Es gebe noch andere Fragen als diese besondere Verfügung, die behandelt werden müßten.

Tokio, 6. Juni. Hier sind mehr als 100 Kommunisten und führende Sozialisten verhaftet worden. Die Polizei versichert, sie habe eine Verschwörung gegen den Staat aufgedeckt.

Vom Münchener Hochverratsprozeß.

München, 5. Juni. Der bisherige Verlauf des Prozesses gegen Fuchs und Genossen ergab ungefähr folgendes Bild: Die Verhandlungen mit dem französischen Oberst Richert führte in der Hauptsache Machhaus. Außer Geldmitteln sicherte Richert den Verschwörern auch Ausrüstungsgegenstände und Waffen zu. Richert gestand unumwunden die französischen Absichten auf das linke Rheinufer zu, gab aber keine bindende Zusage bezüglich der Pfalz, wohl aber führte er Bayern für den Fall, daß eine Verschwörung zustande käme, die Mainlinie zu. Richert sprach die Erwartung aus, daß der Rücktritt des Kabinetts Cuno die Folge des Putsches sein müsse. Eine extrem linksradikale, den Absichten Frankreichs willfährige Reichsregierung sollte ans Ruder gebracht werden. Die Betätigung Munks, der tschechischer Staatsangehöriger ist, bestand darin, daß er mit einer Reihe leitender Regierungsmänner der Tschechoslowakei in Fühlung trat. Die militärischen Maßnahmen von Fuchs und Machhaus erstreckten sich auf die Bildung einer für den Umsturz erforderlichen bewaffneten Macht, welche sie in dem Bund „Treu-Oberland", jetzt „Blücherbund", gefunden zu haben glaubten. Ihre innerpolitischen Maßnahmen zielten auf die Schaffung eines Regentschaftsrats mit diktatorischer Macht, sowie auf die Verhaftung der Regierung und der Parlamentarier hin. Diese Pläne entwarf Fuchs, der politische Kopf der Verschwörung. Als Zeitpunkt der Aktion war die Zeit zwischen dem 13. und dem 20. Februar festgesetzt. In wirtschaftlicher Beziehung war Machhaus mit Ungarn und der verstorbene Rechtsrat Kuebles mit italienischen Beamten ins Benehmen getreten. Bei dem Verhör behauptete Fuchs, lediglich eine Abwehr gegen den Bolschewismus beabsichtigt zu haben. Richert habe man in Bayern viel zu verdanken. Er habe in der Frage der Entwaffnung stets zu Bayerns Gunsten geredet und viel erreicht.

Französische Bestrebungen zur Errichtung einer rheinischen Republik.

Berlin, 5. Juni. Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die Bestrebungen französischer Kreise, die auf die Errichtung einer rheinischen Republik abzielen, verstärken sich in der letzten Zeit außerordentlich. So wird jetzt versucht, diese Propaganda in die Kreise der Düsseldorfer Beamtenschaft, und zwar sowohl der staatlichen, wie der kommunalen, hineinzutragen. Als Lockmittel wird u. a. die Angabe gebraucht, daß Düsseldorf der Sitz der Regierung sein würde. Die Düsseldorfer Beamten würden, da sie in der Zentralbehörde arbeiteten, das Gehalt einer höheren Gruppe erhalten. Es wird weiter versucht, Listen in der Düsseldorfer Beamtenschaft in Umlauf zu bringen, in denen der einzelne Beamte durch Unterschrift sein Einverständnis erklären soll, im Falle der Ausrufung der rheinischen Republik seinen Dienst weiter zu versehen. In der gleichen Richtung bewegt sich auch die französische Pressepropaganda. Die Franzosen beabsichtigen, in der nächsten Zeit außer dem „Echo du Rhin" und dem „Deutschen Nachrichtenblatt" eine eigene größere Zeitung in deutscher Sprache herauszubringen, die in Düsseldorf gedruckt werden soll. Die Zeitung soll als Morgenblatt vierseitig in einer Auflage von 50 000 Exemplaren erscheinen und außer dem Text auch Illustrationen enthalten. Die Besatzungsorgane beschlagnahmten für den Zweck der Herausgabe der neuen Propagandazeitung, wie schon gemeldet, die Druckerei des Düsseldorfer Zentrumsblatts, des „Düsseldorfer Tageblatts". Außer dem „Düsseldorfer Tageblatt", das infolge dieser Maßnahme nicht erscheinen kann, sind die volksparteilichen „Düsseldorfer Nachrichten", sowie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verboten, so daß Düsseldorf augenblicklich ohne bürgerliche Zeitung ist. Da die Berliner Blätter sämtlich und von den größeren rheinischen Blättern die „Kölnische Zeitung", die „Kölnische Volkszeitung" und die „Frankfurter Zeitung" ebenfalls verboten sind, so ist ein Zustand geschaffen, durch den die Franzosen die Vorbereitung ihrer separatistischen Bestrebungen zu fördern hoffen.

6 Zechendirektoren verhaftet.

Essen, 5. Juni. Die Franzosen versuchen erneut durch Drohungen die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien zu erzwingen. Zu diesem Zweck richteten sie an die verschiedenen Ruhrzechen, die Reparationskohlen lieferten, erneut die Aufforderung, unverzüglich die Kohlenlieferungen wieder aufzunehmen. Die verantwortlichen Leiter der Zechen werden in dem Schreiben dafür verantwortlich gemacht, daß die Kohlenlieferungen pünktlich erfolgen, widrigenfalls die Leiter in Strafe genommen werden und zwar sind vorgesehen Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren oder Geldstrafen, deren Höhe sich nach der nach dem früheren Verteilungsschlüssel zu liefernden Kohlenmenge richtet. Zechenleitung und Belegschaft aller Zechen lehnten aber einmütig die Erfüllung des Verlangens ab. Es war noch keine Stunde vergangen, nachdem dieser Beschluß gefaßt war, als schon von verschiedenen Zechen sechs Direktoren verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden. Der Prozeß ist gegen sie eingeleitet.

Sozialdemokratische Interpellation wegen der Preissteigerungen.

Berlin, 5. Juni. Dem Reichstag, der heute wieder zusammengetreten ist, haben die Sozialdemokraten eine Interpellation unterbreitet, in der auf die durch die gewaltige Preissteigerungen drohende Gefahr einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe hingewiesen und gefragt wird: 1. Gedenkt die Reichsregierung sofort die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Anpassung der Renten, der Unterstützungen, insbesondere für die Erwerbslosen, der Löhne und Gehälter an die gestiegenen Preise zu bewirken? 2. Ist sie bereit, die drohende völlige Entwertung der Besitzsteuern durch sofort zu treffende Aenderungen der Steuergesetze hintan zu halten? 3. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um währungspolitisch den weiteren Sturz der Mark aufzuhalten und den Auswüchsen der Devisenspekulation zu begegnen? Will sie sich endlich entschließen, die Zentralisierung und Kontrolle des Devisenverkehrs durchzuführen?

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juni. Der Reichstag hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen, hat aber am ersten Tage gerade keinen übertriebenen Arbeitseifer an den Tag gelegt. Präsident Loebe eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, die schwere Anklagen gegen das Auftreten der Franzosen im Ruhrgebiet erhob, aber auch harte Worte gegen den Wucher und die Preistreiberei fand. Der sachliche Gehalt der Tagesordnung wurde verhältnismäßig rasch erschöpft. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Spielkartensteuer ging an den Steuerausschuß. Das Gesetz über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung wurde nach ganz kurzer Aussprache an den sozialpolitischen Ausschuß verwiesen. Von größerer politischer Bedeutung war eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation über die Markentwertung, die der Fraktionsvorsitzende Müller-Franken gleich zu Beginn der Sitzung zur Sprache brachte, und zwar in Form eines Appells an den Präsidenten, er möge sich mit der Regierung in Verbindung setzen, damit die Interpellation schon am Mittwoch beantwortet werde. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten verlangten die Besprechung. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte aber darauf aufmerksam, daß nicht weniger als drei Ministerien an dieser Interpellation beteiligt seien, und bat daher, den Mittwoch für eine Fühlungnahme zwischen diesen drei Ministerien frei zu halten. Für den Donnerstag erklärte er namens der Regierung die Bereitschaft zur Beantwortung der Interpellation. Der Donnerstag wird also die große Teuerungsdebatte bringen.

Neue Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 5. Juni. Wie den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die Postgebühren vom 1. Juli ab erhöht. Eine neue Vorlage ist eingebracht. Die Postkarte wird darnach im Stadtverkehr 100 Mark kosten, im Fernverkehr 200 Mark, Briefe bis 20 Gramm im Stadtverkehr 200 Mark, im Fernverkehr 400 Mark, bis 100 Gramm im Stadtverkehr 300 Mark, im Fernverkehr 500 Mark usw.; Drucksachen bis 25 Gramm 100 Mark, bis 50 Gramm 200 Mark, bis 100 Gramm 300 Mark usw.; Pakete bis zu 5 Kilo (erste Zone) 800 Mark; Auslandsbriefe bis 20 Gramm 1000 Mark, die Telegrammge-

Mehr als 650 Jahre Gefängnisstrafen haben die Franzosen an der Ruhr verhängt. Verlaßt nicht die Opfer! Gebt weiter zum Deutschen Volksopfer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bähren werden gegenüber den bestehenden Sätzen um das Dreifache, die Telephongebühren um das Siebenfache erhöht.

Die Untersuchung über die Stützungsaktion.

Berlin, 5. Juni. Der Ausschuß des Reichstages zur Untersuchung der Vorgänge, die zum Fehlschlagen der Stützungsaktion der Mark geführt haben, war heute zu einer zweiten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Abg. Lange-Hegermann (Ztr.) mit, daß der Ausschuß in der Zwischenzeit zwei nichtöffentliche Sitzungen abgehalten habe, in denen sich herausgestellt habe, daß in der ganzen Angelegenheit auch rein nichts das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen habe. Deshalb ist eine große Reihe von Sachverständigen, die schon einmal gehört worden sind, gebeten worden, das Bild noch einmal vor aller Oeffentlichkeit zu zeichnen. Der Redner bemerkte dann weiter, daß der Ausschuß seine Aufgabe nur darin sehe, einen besonderen Vorfall zu untersuchen, nicht aber, wie es verschiedentlich dargestellt worden sei, die Mittel und Wege für eine Markbesserung zu finden. Der Vorsitzende erklärt, er wisse nicht, welche Entschlüsse die Regierung gefaßt habe. Der Ausschuß habe nicht den Eindruck, daß er das Ende der Stützungsaktion verkünden könne. Dann trat der Ausschuß in die Erörterung ein. Bankier Löb erklärte, daß die Sachverständigen von Anfang an darin mit den zuständigen Stellen des Reichsfinanzministeriums einig waren, daß der Versuch, den Kurs der Mark auf einem relativ günstigeren Niveau zu halten, nur für eine gewisse Zeit Aussicht auf Erfolg hätte. Der Reichskommissar an der Börse, Geh. Rat Lippert, wies besonders auf die politische Tragweite der Frage hin, indem er betonte, daß die französische Regierung durch ihre Stellungnahme gegenüber der Ausgabe der Dollarschatzanweisungen und der Gegenerklärung der Reichsbank das Vertrauen der Welt und der deutschen Wirtschaft in die Stützungsaktion wesentlich geschwächt habe. Das gleiche gelte auch für die Aufnahme der Rede des Außenministers Rosenberg von Mitte April in Frankreich. Es sei auffallend, daß nach dieser Rede die Schwächung der Mark an den Börsen von Amsterdam und London am 17. 4. viel mehr in die Erscheinung trat als in Berlin. Der sogenannte Einbruch in die Stützungsaktion hat also vom Ausland seinen Ausgang genommen.

Auf mehrere Anfragen erklärte Reichsbankpräsident von Havenstein, er glaube, die Devisenbestände, die die deutsche Wirtschaft überhaupt und besonders im Ausland habe, mit zwei Milliarden Goldmark wahrscheinlich stark zu überschätzen. Bei einem Dollarstand von 77 000 entspreche dieser Betrag 36 Billionen Papiermark. Der gesamte Geldumlauf in Deutschland betrage nur 7,5 Billionen, also nur ein Fünftel dieser Zahl. Die Kreditoren der deutschen Privatbanken seien zur Zeit etwa 3 Billionen. Ein Devisenbestand von zwei Milliarden Goldmark würde also das zwölffache der gesamten Kreditoren der deutschen Bankwelt sein. Der heutige Kurswert des gesamten deutschen Aktienkapitals betrage ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Demnach würde der Devisenbestand ein Viertel des gesamten Aktienkapitals ausmachen. Es sei nicht denkbar, daß diese Summe durch die Devisenbestände der Deutschen im Auslande erreicht werden könnte. Bei dem Rückgang des Dollarwertes im Frühjahr 1920 habe die Reichsbank etwa eine Milliarde Goldmark an Devisenbeständen der deutschen Wirtschaft aufkaufen können. Seit Mitte 1920 bis heute sei ein Passivsaldo der Handelsbilanz um etwa 6 Milliarden Goldmark eingetreten, zu dessen Abdeckung die Kreditfähigkeit im Ausland hart angespannt werden mußte. Auf Grund dieser Erwägung halte er (Havenstein) die vom früheren englischen Finanzminister Sir Robert Horne genannte Höchstsumme von zwei Milliarden Goldmark für wahrscheinlich noch zu hoch. Tatsächlich habe auch nur ein einziger Vertreter der Bankwelt bei den seinerzeitigen Besprechungen mit dem Reichskanzler die Summe von 3 Milliarden Goldmark als Devisenbestand der Banken für möglich gehalten. Wenn in der Presse der Meinung Ausdruck gegeben worden sei, daß die Wechselkredite der Reichsbank zur Steigerung der Devisenkäufe beigetragen haben, so könne er diese Folgerung aus vollster Ueberzeugung verneinen. Die Verschuldung Deutschlands, abgesehen von den Reparationslasten, schätze er auf rund ¾ Goldmilliarden. Das Ausland verfüge über etwa 10 Prozent des deutschen Aktienbesitzes. Das mache etwa 800 Goldmillionen aus. Den Verkauf deutschen Grundbesitzes an Ausländer beziffere er auf 500 bis 600 Goldmillionen.

Ueberreichung der deutschen Note am Donnerstag.

Ueber die Aufnahme, die die Mitteilungen des Kanzlers über den Inhalt der neuen deutschen Note, die offiziell ja nur „Memorandum" genannt wird, gestern bei den Fraktionsführern gefunden haben, berichtet die „Zeit": „Aus den Besprechungen mit den Parteiführern ergab sich, daß die Führer der Arbeitsgemeinschaft mit der Fassung und dem Inhalt des Memorandums vollkommen übereinstimmen. Die Sozialdemokraten haben ihre Bedenken, soweit sie anfangs vorhanden waren, zurückgestellt. Sie stehen also ebenfalls hinter der Absendung des Memorandums. In der Deutschnationalen Partei scheint die Stimmung vorzuherrschen, die auch im Reichsverband der deutschen Industrie nicht unbekannt ist und die sich dort in dem Widerstand des Abgeordneten Hugenberg gegen die Beschlüsse des Verbands geltend gemacht hat. Die Deutschnationalen scheinen der Meinung zu sein, daß eine unbedingte Zustimmung zu dem Memorandum der Regierung für sie mit Rücksicht auf ihre Anhänger im Lande schwer zu tragen sei. Man wird aber trotzdem annehmen dürfen, daß auch die Deutschnationale Reichstagsfraktion sich mit der gegebenen Lage abfindet und nicht etwa wegen ihrer Bedenken in eine Oppositionsstellung gegen das Kabinett Cuno treten wird." Das Memorandum selbst soll zunächst geheim gehalten werden. Mit Recht, denn, wie der „Vorwärts" schreibt, „wenn eine mißgünstige Auslandspresse sich schonungslos auf sie stürzen könnte, um sie zu zerpflücken, so könnte das ihrer Wirkung nur abträglich sein." Aus diesem Grunde haben die Fraktionen ihre Sitzungen auch erst auf den Mittwoch nachmittag verlegt, um die Möglichkeit von Indiskretionen nach Kräften einzuschnüren. Das hindert natürlich nicht das „Achtuhr-Abendblatt", sich aus der gesinnungsverwandten „Wiener Mittagszeitung" telegraphieren zu lassen, was deren Berliner Mitarbeiter erhorcht und erschnüffelt haben will. Man soll das wieder einmal festnageln.

Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 5. Juni. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Nachtstunde zu einer Verständigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortszulage bei den Handwerkern 2250 Mark, bei den ungelernten Arbeitern 2109 Mark ab 1. Juni betragen. Die Höchstgrenze für die Ortslohnzulage wurde auf 70 Prozent vereinbart. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium führten auch wegen der Bezüge der Beamten und Angestellten zu einer Verständigung. Ab 1. Juni soll der Teuerungszuschlag 2900 Prozent und der Frauenzuschlag 39 000 Mark betragen.

Berlin, 6. Juni. Die gestern im Reichsfinanzministerium vereinbarten Erhöhungen der Löhne der Staatsarbeiter betragen durchschnittlich 66⅔ Prozent. Die Vereinbarung ist von den Gewerkschaften noch nicht endgültig angenommen worden. Außerdem haben sich die Gewerkschaften vorbehalten, bei einer eventuellen neuen Markverschlechterung im Laufe des Juni auch erneute Forderungen zu stellen. Die Reichsregierung ist von dem Reichsratsausschuß ermächtigt worden, die für Juni vereinbarten Erhöhungen der Löhne der Reichsarbeiter und der Gehälter der Beamten sofort auszuzahlen.

Die evangel. Lehrerschaft zu der Schulfrage.

In Verbindung mit dem 20. evang. Schulkongreß in Halle fand neulich die Vertreterversammlung des Berufsverbands der evang. Lehrerschaft statt. Die Hauptarbeit galt der Durchberatung des von Verbandsdirektor Grünweller aufgestellten Entwurfs eines Schulprogramms, das im Sinne Dörpfelds die gesinnungseinige evang. Schulgemeinde in Verbindung mit den übrigen erziehungsberechtigten Gruppen als Grundlage hat. Die kirchliche Schulaufsicht auch für den Religionsunterricht wird abgelehnt, jedoch als notwendig für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen evang. Kirche und evang. Schule ein Vertrauensverhältnis angesehen, das namentlich in pädagogischen Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern, sowie darin zum Ausdruck kommen soll, daß der staatliche Schulaufsichtsbeamte grundsätzlich auch der Vertrauensmann der Kirche sein soll und ihr über den Stand des Religionsunterrichtes Bericht erstattet. Entsprechend der Wichtigkeit des Lehrberufes wird für die Vorbildung des Lehrerstandes ein vollst. Universitätsstudium gefordert. — Einer Anregung der evangelischen Lehrerorganisation Hollands wurde der Gründung eines gemeinvölkischen Bundes evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine aus Deutschland, Holland, Schweden, der Schweiz und Finnland zugestimmt.

Der deutsche Bauerntag.

Königsberg, 5. Juni. Zum Deutschen Bauerntag 1923 traf in Braunsberg etwa 6000 Teilnehmer eingetroffen. Einen verheißungsvollen Auftakt bildete die Begrüßung der Gäste am Sonntag und Montag in dem dichtgefüllten Saal des Bürgerhauses. Aus den hier gehaltenen Ansprachen klang neben der Erörterung der Lage des deutschen Bauernstandes besonders markig und wirkungsvoll immer wieder der deutsche Gedanke heraus, welchen die Gäste aus allen deutschen Gauen und der engeren Heimat, in besonders warmer Weise aber die Vertreter aus den Grenzbezirken Schleswig-Holstein, Oberschlesien, den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr und Ostpreußen Ausdruck verliehen. Aus allen Reden klang der entschlossene Wille, das deutsche Vaterland wieder aufwärts zu führen. Der heutige Tag bringt die Hauptsitzung. Der Geheime Landesökonomierat Dr. Georg Heim, der bekannte bayerische Bauernführer, wird einen Vortrag halten über das Thema „Bauern, es ist Zeit!"

Schlechte englische Handelslage im Ruhrgebiet.

London, 5. Juni. Der Kölner Sonderberichterstatter eines englischen Blattes schreibt, er erfahre von Vertretern wichtiger britischer Interessen, daß die Lage bezüglich des britischen Handels mit dem Ruhrgebiet so schlecht sei wie nur je. Der Berichterstatter hebt hervor, daß die britische Handelskammer in Köln erklärt habe, daß die deutsche Regierung alles getan habe, was möglich war, um den britischen Handel mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zu erleichtern. An Ort und Stelle sei man, daß die Franzosen unter keinen Umständen Waren aus dem Ruhrgebiet herauslassen.

Württ. Forstamt Wildbad.

Nadel-Stammholz-Verkauf

am **Mittwoch, den 13. Juni 1923, vorm. 9½ Uhr**, in Wildbad (Gasth. z. „gold. Roß") aus Staatswald Abt. Hohe Dohle, Stoffelsmiß, Binderswegle, Kellerloch, Gr. Wendenstein, Vord. Haidenberg, Konradsrain, Neuacker, Koblweg, Brandplatz, Grünhütte, Hint. Langsteig und Unt. Altergrund: Fo.-Langh.: 491 St. mit Fm.: 18 I., 161 II., 231 III., 62 IV., 15 V., 2 VI., Sägh.: 28 Stück mit Fm.: 10 I., 13 II., 3 III., Ta.- und Fi.-Langh.: 2635 St. mit Fm.: 106 I., 121 II., 177 III., 188 IV., 422 V., 154 VI., Sägh.: 69 St. mit Fm.: 16 I., 22 II., 9 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Forstamt Enzklösterle.

Nadelholz-Stangen- und Papierroller-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich

am **Dienstag, den 12. Juni 1923, vormittags 9 Uhr**, in Enzklösterle (Forstamtskanzlei) aus Staatswald: 260 Baustangen I.—III. Kl., 119 Hagst. I. bis III. Klasse, 120 Hopfenst. I.—V. Kl., ferner Papierroller: Rm.: 12 I., 115 II. und 72 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Junges Ehepaar mit einem Kind sucht ehrliches, nettes

Fräulein

zur Mithilfe im Haushalt. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert.

Meldungen erbeten an Schuhhaus **Hertz, Pforzheim**, Oestliche 23.

Landwirtsch. Bezirks-Verein Neuenbürg.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag, den 10. Juni 1923, nachmittags 2 Uhr**, im **Gasthaus zum „Löwen"** in **Calmbach**.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht vom abgelaufenen Geschäftsjahr.
2. Referat über das neue wirtschaftliche Abkommen mit dem Bad. Bauern-Verein Freiburg in Absicht auf Waren-Vermittlung.
3. Vortrag über die Bildung von örtlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften zwecks Erleichterung der Waren-Vermittlung.

Einladung ergeht an jedermann.

Vereinsvorstand **Kübler**.

Metzger-Innung Neuenbürg-Wildbad

Sitz Wildbad.

Neue Fleischpreise ab Dienstag, den 5. Juni 1923:

Ochsenfleisch	p. Pfd.	Mk. 8800
Rindfleisch	„ „	Mk. 8800
Kuhfleisch 1. Klasse	„ „	66—6800
„ 2. „	„ „	46—4800
Kalbfleisch	„ „	Mk. 8200
Schweinefleisch	„ „	Mk. 8600

Heimarbeit

auf 8er Schlößchen wird vergeben oder welche sich darauf einlernen wollen.

Gottfried Müller, Oberniebelsbach.

Neuenbürg.

Suche für sofort ein sauberes

Zimmermädchen.

Vorstellung nachmittags von 1—3 Uhr.

Frau Kommerzienrat **Schmidt**.

Calmbach.

Ein ostfr.

Milchschaf

hat zu verkaufen

Fritz Proß, Höfenerstraße.

H. M. R. Silbereisen.

Die

Gewerbebank Neuenbürg a. Enz

(e. G. m. b. H.)

nimmt von jedermann und in Beträgen von 50000 ℳ ab **fest verzinsliche Einlage-Gelder**

bei 3 Monate zu 15 Prozent,
bei 6 Monate zu 16 Prozent,
bei 9 bis 12 Monate zu 17 Prozent

entgegen.

Wildbad.

Fahrnis-Versteigerung.

Die Erben des † **Friedrich Schmelzle**, Schirm- und Kammachers hier, verkaufen am

Freitag, den 8. ds. Mts., von vormittags 9 Uhr ab,

in dessen Wohnung in der **Wilhelmsstraße:**

Schreinwerk, Betten, Kleider, Küchengeschirr und allerlei Hausrat.

Nachmittags 4 Uhr kommen

Schirm- und Kammacher-Bestandteile, sowie das Handwerkszeug

zum Verkauf.

Kaufsliebhaber sind eingeladen.

Ehe Sie Ihre Fässer mit einem Getränk füllen, machen Sie einen Versuch mit den Spezialitäten der Firma **Robert Ruf, Ettlingen.** Tausende Anerkennungen sind ein Beweis dafür, daß Sie nicht hereinfallen.

Hergestellt werden: **Rufs Heidelbeeren** mit Zutaten in Paketen zu 50 und 100 Liter. **Rufina Rufs getrocknete Aepfel** mit Zutaten zu 50 und 100 Liter. **Rufs Mostansatz mit Heidelbeerzusatz**, mit und ohne Süßstoff, Flaschen zu 50 und 100 Liter. **Apfelina Rufs Mostansatz mit Aepfelzusatz** zu 50 und 100 Liter. Preise für Flaschen und Pakete: Heidelbeeren und Mostansatz mit Heidelbeerzusatz für 100 Liter Mk. 12000.—, mit Süßstoff Mk. 200.— höher. Preise für Flaschen und Pakete: Apfel und Apfelmostansatz für 100 Liter Mk. 8500.—, mit Süßstoff Mk. 200.— höher.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versand, Ettlingen.

Niederlagen: **Albert Bester**, Küfermeister, **Neuenbürg**, **Gotthilf Seiges, Enzberg, Adolf Sommer, Maulbronn.**

Neuenbürg.

Einen jüngeren

Schuhmacher

sucht

Aug. Conzelmann, Schuhmachermeister.

Daselbst sind ein Paar

Herrenstiefel,

Nr. 43, (Rahmen-Handarb.) zu verkaufen.

Verloren

ging ein **Damenschirm** auf dem Weg von hier bis Höfen. Abzugeben in der „**Tonne**" in **Neuenbürg**.

Gräfenhausen.

Ein schönes ¾jähriges

Rind

hat zu verkaufen

Fritz Keller, Fuhrmann.

Herrenalb.

Ein ostfriesisches

Milchschaf

samt Jungem ist wegen Platzmangel zu verkaufen

Landhaus Hindenburg.

Wildbad.

Setze meine zwei

ostfriesische Mutterschafe,

sowie einen

Bock,

ebenfalls drei Stück ½ jährige

Gaisen

dem Verkauf aus. Letztere können durch eine gute Milchziege umgetauscht werden.

Adolf Blumenthal.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw